Die Bundestagswahl – was sagen die Parteien zur interdisziplinären Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen?

Erschienen am 18.08.2017

Der IFK formulierte eine Reihe wichtiger Forderungen vor der kommenden Bundestagswahl. Zugleich baten wir Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen), Maria Michalk (CDU), Kathrin Vogler (Die Linke), Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP) und Hilde Mattheis (SPD), uns die gesundheitspolitischen Positionen ihrer Parteien mit Blick auf die Physiotherapie darzulegen.

Heute starten wir mit der Frage, wie aus Sicht der Parteien die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen, wie Ärzten und Physiotherapeuten, optimiert werden kann:

Welche konkreten Maßnahmen werden Sie in den nächsten vier Jahren ergreifen, um die interdisziplinäre Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsberufen, wie Ärzten und Physiotherapeuten, zu optimieren und neu zu denken?

Maria Klein-Schmeink (Bündnis 90/Die Grünen):
„Wir schlagen einen Gesundheitsberufegipfel vor. Dadurch sollen Schritte für eine bessere Zusammenarbeit aller Gesundheitsberufe auf Augenhöhe angestoßen werden. Dabei gehören die vorhandenen Kompetenzvorbehalte für bestimmte Berufsgruppen auf den Prüfstand. Die bestehenden Berufsgesetze müssen angepasst werden. Durch eine Akademisierung von Gesundheitsfachberufen wie der Physiotherapie oder der Ergotherapie werden diese Berufe aufgewertet und attraktiver, weil mit der hochschulischen Ausbildung auch mehr Kompetenzen und Aufstiegsmöglichkeiten einhergehen."

Maria Michalk (CDU):
„Es steht außer Frage, dass die Zusammenarbeit zwischen ärztlichen und nichtärztlichen Gesundheitsberufen immer wichtiger wird. Dafür brauchen wir auch eine Reform der Berufsgesetze, für die wir uns einsetzen. Auch die Möglichkeiten der Delegation von ärztlichen Leistungen werden Bestandteil der Diskussion sein. Außerdem ist die sichere Telematikinfrastruktur zur digitalen Vernetzung aller Akteure im Gesundheitswesen ein weiteres wichtiges Thema."

Kathrin Vogler (Die Linke):
„In Deutschland ist die Arztzentrierung des Gesundheitssystems besonders stark ausgeprägt. DIE LINKE setzt sich für eine gute Kommunikationskultur innerhalb des Gesundheitswesens ein. Diese kann politisch nicht erzwungen werden, aber es sind Rahmenbedingungen notwendig, damit sie entstehen kann. Eine Voraussetzung ist eine andere Aufgaben- und Kompetenzverteilung, wie sie in den Antworten auf andere Fragen dargestellt ist (zum Beispiel Blankorezept, Direktzugang etc. in der Physiotherapie). Eine stärker berufsgruppenübergreifende Leistungserbringung, wie sie auch viele moderne Konzepte der integrierten Versorgung vorsehen, erfordert eine Kommunikation auf Augenhöhe. Auch andere Berufsgruppen können und sollen mehr Verantwortung übernehmen. Das Modell der Gemeindeschwester, neue Aufgabenverteilungen im Krankenhaus, klare und rechtssichere Regelungen für die Delegation und Substitution ärztlicher Aufgaben – auf vielen Gebieten streben wir mehr Kooperation zwischen den Berufsgruppen an."

Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann (FDP):
„Eines der Alleinstellungsmerkmale der deutschen Gesundheitspolitik ist die gemeinsame Selbstverwaltung. Hierbei wollen wir den bestmöglichen Rahmen zwischen den Gesundheitsberufen schaffen. Dies muss natürlich in enger Abstimmung mit den Betroffenen erfolgen. Gleichzeitig wissen wir sehr wohl um die noch schwache Stimme der Physiotherapie."

Hilde Mattheis (SPD):
„Die Förderung von interdisziplinären und interprofessionellen Versorgungsformen ist für die SPD ein wichtiges gesundheitspolitisches Anliegen. Insbesondere Patientinnen und Patienten mit chronischen Erkrankungen profitieren von einer integrierten Versorgung in spezialisierten Zentren unter Einbeziehung der Heilmittelerbringer. Dazu haben wir die gesetzlichen Rahmenbedingungen in dieser Legislaturperiode weiter verbessert. Dennoch erfordert der Weg dorthin weitere Reformanstrengungen. Wir brauchen eine engere Zusammenarbeit von Ärzten, Krankenhäusern, Rehabilitationseinrichtungen und Pflegediensten ebenso, wie den verstärkten Einsatz von qualifiziertem nichtärztlichem Personal im Rahmen von Delegation und Substitution. Die Novellierung der Berufsgesetze und damit die Absicherung der Qualität der Ausbildung in den therapeutischen Berufen ist in diesem Zusammenhang eine vordringliche Aufgabe für die kommende Legislaturperiode."

Am kommenden Montag setzen wir die Reihe mit der Frage fort, wie die Parteien mit der Prüfung und Umsetzung von Voraussetzungen für Modellvorhaben in der Physiotherapie im Rahmen eines Direktzugangs bei Leistungen der Gesetzlichen Krankenversicherung verfahren wollen.